

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

49 (3.12.1948)

WIRTSCHAFTSREVUE

WIRTSCHAFTSREVUE IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE.
L'ÉCONOMIE CONTINENTALE
CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

WIRTSCHAFTS - W O C H E N S C H R I F T

Nr. 49 — 3. Jahrgang

Konstanz/Bodensee, 3. Dezember 1948

Ausg. D. Preis 60 D-Pfennige

„... wie vor der Währungsreform“

Die „andere Seite“ - oder der Schwarzmarkt nimmt zu — Ungünstiger Bericht mit günstigen Zahlen
Erschöpfte Arbeitsreserven — Der Plan der französischen Zone — Ein Schritt zur Gewerbefreiheit (S. 3)

Die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland nähert sich einem gewissen hohen Punkt. Ob nun die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, ob die Rohstoffversorgung, ob die auffallend geringe Reserve an Arbeitskräften, ob Gründe der Währung oder — wie wir vermuten — alles zusammen dafür verantwortlich sind, ist im einzelnen schwer zu entscheiden. Wir glauben, daß insbesondere die Preisentwicklung ein wichtiger Baustein in dieser Entwicklung spielen. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Produktionsentwicklung nur aufwärts gehen kann, solange die Preise steigen, und daß der Zeitpunkt, an dem diese Entwicklung beendet ist, nicht vor Frühjahr zu erwarten sei. Nun hat man mit Lastenausgleich, Kreditrestriktionen und ertlichen Preisentzerrungen diese Entwicklung vorverlegt. Ob man daran gut tut, wird sich zeigen. Wir dürfen nicht, wie das Kamätschen auf die Schlange hypodermisiert auf die Preisentwicklung herein und uns über jede Senkung, nur um der Senkung willen, freuen. Geschichte eine solche Senkung aus, wenn man einmal so sagen darf, guter Wirtschaftsindeutung durch sie zu begründen, gestützt sie auf dem Wege des Anvertrages und der Kapitalberaubung, dann kann sie sehr gefährlich werden. Wir dürfen bei der Preisentwicklung nie vergessen, daß die Arbeitslosen heute nicht mit dem sogenannten Gesetz von Angebot und Nachfrage erklärt werden. Das heißt nicht, dieses Gesetz hat schon in normalen Zeiten nicht zur Erklärung wirtschaftlicher Maßnahmen ausgereicht, viel weniger heute. In den USA ist z. B. vor wenigen Tagen erklärt worden, es bestünde dort eine volle Bedarfsbefriedigung, Angebot und Nachfrage seien völlig ausgeglichen und doch hätten die Preise weiter die Tendenz zu steigen. Es spielen da psychologische Erscheinungen im Wirtschaftsleben hinein, die man bisher kaum erkannt hat und infolgedessen auch wissenschaftlich noch nicht bearbeitet konnte.

Wieviel mehr müssen wir in Deutschland erheblich weitgreifendere Gedanken der Beurteilung der Preisentwicklung zugrunde legen! Allein Ansehen nach hat man dies instinktiv in Kreisen der praktischen Wirtschaft Deutschlands, weniger in amtlichen Wirtschaftskreisen, bereits erfüllt.

Ein Bericht sagt alles

Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt den Oktoberbericht des Wirtschaftsministeriums Württemberg-Ba-

den. Zunächst wird festgestellt, daß die industrielle Produktion von September zum Oktober um 2% angestiegen ist. (In der Doppelzone um 4%). Damit war der Produktionsanstieg nicht mehr so stark wie im Vormonat, und es stehen bereits Rückgänge in anderen Gruppen gegenüber. Als Hauptgrund für diese Verlangsamung wird die Verschlechterung in der Roh- und Hilfsstoffversorgung angegeben und gleich hinzugefügt, man glaube, daß bei den Herstellern Rohstoffe und Waren wieder zurückgehalten werden — eine Entwicklung, die wir nicht müde wurden, immer wieder vorauszusagen. Der amtliche Preisdruck wirkt sich aus, und selbst die immer näher rückenden Zahlungen für den Lastenausgleich können an dieser Entwicklung nichts hindern.

Süddeutscher Zusammenschluß

In Nr. 48 haben wir unter dem Titel „Wirtschaft sagt Politik“ den Forderungen der Zusammenschlüsse Württemberg und Baden, anschließend, darauf sind uns sehr viele Zuschriften zugesandt, aus denen wir bereits in der vorigen Ausgabe eine abdruckten. Wir setzen heute diese Veröffentlichungen fort mit weiteren vier Stimmen und werden in den nächsten Ausgaben weitere Briefe an uns zu diesem Thema zum Abdruck bringen.

Eine Stimme aus Hohenzollern

„... seit 120 Jahren stehen Württemberg und Baden im Zollverband, seit 77 Jahren in gemeinsamen handelspolitischen deutschen Heimen, seit 46 Jahren haben sie grundsätzlich gleiches Recht, seit 26 Jahren einträgliches Niederrecht, und seit 1938 waren sie „gleichgeschaltet“. Eine wirtschaftliche Trennung der beiden wäre in der heutigen Situation nur denkbar bei einem wirtschaftlichen Anschluß Südbadens an Frankreich, was wohl auch Herr Wehler nicht im Auge faßt. Der Zusammenschluß von Südbaden und Württemberg bedeutet nur die politische Befreiung des jahrhundertlanges gewählten und eingesparten wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden Ländern. Diese sagen und ausgeprochenen Wirtschaftsverhältnisse sind somit das beste Argument für

Es kommen jetzt sogar Bedenken über die Echtheit der guten Beschäftigungslage auf. Man ist schon hier und da, und vielleicht mit Recht, der Meinung, daß die besonders große Nachfrage nach Rohstoffen und Fertigeren weniger auf den tatsächlichen Bedarf zurückzuführen ist als darauf, daß die Wirtschaft bemüht ist, sich im Hinblick auf die steigenden Preise sich noch günstig mit Vorräten einzudecken. Die Wirtschaft hat also, wieder mit Recht, durchaus das Gefühl, daß die Preisentzerrungen entweder überhaupt nicht durchschlagend oder zumindest nicht lange anhalten werden. Man sieht daraus wieder, daß nur die Erwartung weiterer Preissteigerungen die Produktionsfreudigkeit weiter leben läßt. Wenn von maßgebender Seite erklärt wurde, daß das deutsche Preisniveau jetzt ungefähr auf der Höhe des

internationalen Preisniveaus angekommen sei, und wir einmal unterstellen wollen, daß dies stimmt, dann dürfen wir nicht glauben, daß die Steigerungstendenzen nun aufhören müssen, denn unsere Preise müssen und werden noch immer höher sein, als international; der verlorene Krieg mit allen seinen Folgen kann ja nicht aus der Kalkulation verschwinden.

Unechte Umsatzsteigerung

Auch die Entwicklung der Umsätze im Handel und Handwerk müssen unter anderer Betrachtung gesehen werden als in den Berichten zum Ausdruck kommt. Es wird für Württemberg-Baden festgestellt, daß die Umsätze im Oktober gegenüber dem September weiter gestiegen seien, was uns bei der Entwicklung der Preise nicht wunder nimmt. Es wird weiter erklärt, daß im Handwerk die Umsätze bereits um 4%,

bei den Konsumgenossenschaften um 15%, bei den Warenhäusern um 58%, und beim Einzelhandel um 48% über den Umsätzen vor der Währungsreform liegen. Bei dieser Feststellung ist wiederum zu berücksichtigen, daß die Preise in den Geschäften heute wesentlich höher liegen, als vor der Währungsreform. Wir meinen damit die Umsätze, die tatsächlich über die Theke gegangen sind. Es kommt aber noch etwas sehr Wichtiges hinzu: Ein großer Teil der Umsätze, die vor der Währungsreform nicht über die Theke gingen und infolgedessen auch nicht über die Bücher, gehen seit der Währungsreform wieder den offenen Weg. Diese Verkäufe erscheinen also als Umsatzsteigerung. Damit ist aber nicht bewiesen, daß tatsächlich die Umsätze in der gesamten Wirtschaft größer geworden sind. Selbst die Feststellung, daß die Lieferzeiten länger werden, besagt nicht viel, insbesondere wenn man die oben erwähnten Zurückhaltungsmaßnahmen berücksichtigt.

Nun aber kommt das Entscheidende in dem Oktoberbericht von Württemberg-Baden. Man muß nämlich feststellen, daß Preise scheinbar gar keine Rolle spielen, denn es liegen sowohl, wie es wirklich heißt, überhöhte Angebote der Absatzmärkte vor, wie das Verlangen unangemessener Preise. Es soll dann wirklich weiter „Der Schwarzmarkt nimmt an Umfang zu“. Für Mangelware wird nach wie vor grundsätzlich sehr hohe Zahlung bei entsprechenden Skonto verlangt. (Anmerkung der Redaktion: Wieviel mag von diesen Umsätzen wohl über die Bücher gehen?) Die Zahl der Umsätze, die sich im Handel, mehr als den Verhältnissen vor der Währungsreform. Dies gilt besonders für Rohstofflieferungen aus der englischen (Fortsetzung auf Seite 2)

hüllt aber scheinbar über sie hinweg die Fiktion.

Ein „Zugewanderter“

Ein „Zugewanderter“, früherer Textilmaschinenfabrikant in Bietzen, schreibt: Immerhin ist es sehr interessant, gewissermaßen als erst in zweiter Linie Beteiligten zuzusehen, welche Ereignisse hier um sich fast selbstverständliche Dinge aufgeführt werden. Geradezu paradox wirkt es z. B. wenn gerade eine der teilnehmenden Bewegungen auf politischem Gebiet die Sache der Europa-Union gerade in Baden z. B. in Freiburg sehr gut gefördert hat und auch von dort einen ganz erheblichen Lohn ausbezahlt, ausgerechnet in diesem Gebiet keine Einigkeit über den Zusammenschluß der beiden Südbadener gefunden werden kann. Wenn man alles verloren hat und ganz von unten mit dem primitivsten Mittel wieder aufbauen muß, nutzt es uns als „Betroffener“ manchmal so, daß man hier noch nicht zu schätzen weiß, was diesem Land, mit vielleicht der besten wirtschaftlichen Zukunft im ganzen deutschen Raum, im Rahmen der Auseinandersetzung dieses letzten großen Krieges im Vergleich zu den ebenfalls gelagerten Katastrophen erspart geblieben wurden ist.

Während sich das handelspolitische selbst Südbaden verweigert in seinem Tobekampf gegen einen neuen Zolltarif nach zu gehen versucht, was noch zu reden ist, gehen die Besten dort weg, weil sie seine Zukunftslosigkeit mehr sehen, und kommen nun nach hier und dem Rheinland etc. um diesen Ländern das zu geben, was Sachsen nicht mehr gestalten und für die Zukunft aufbauen können. Heute ahmt man auch, leider viel zu spät, z. B. die Strumpfindustrie auf, die früher nicht herabgelassen wurde, um die Mädel aus den anderen Fabriken nicht in die Strumpfwerke abwandern zu lassen. Welchen wirtschaftlichen Wert würde es bedeuten, wenn die südbadischen Strumpfwerke oder Zweigfabriken hätten errichten können! Und trotzdem man heute sieht, daß das ein Fehler war, sieht man alles Neu- und alle Heringsstücken von der Seite und nicht ganz vollständig an, und ist bereit, neue Fische daraus zu machen, die man wohl bei anderen nicht bei sich selbst zu sehen gewohnt ist. Ich glaube, wenn zwei gleichwertige Länder in der heutigen Situation die gleiche Wahl und keine anderen Sorgen hätten, da würde es nicht länger dauern, daß das einzig richtige getan würde, was nach Lage der Dinge ohne lange Erhebungen getan werden muß, der Zusammenschluß ohne kleinteilige Bedenken, Historisches und Fußsogeln. Wie wollen wir denn Frieden in der großen Welt bekommen, wenn zwei so kleine als Südbaden keinen Frieden schließen können?

Einerseits — andererseits

„Zu Ihrem Artikel „Wirtschaft sagt Politik“ möchte ich, als Fabrikantenbetriebsleiter aus Nordbaden Stellung nehmen.

Wir Fremdegebetenen sind kompromittiert eingestiegen, und wir europäisch (Fortsetzung auf Seite 2)

den Zusammenschluß. Es scheint allerdings auch durch entsprechende Gestaltung innerhalb der arbeitenden Klassen ein politischer Selbstbewußtsein der west- oder ost- oder von Länder erhalten bleiben. Das handelspolitische wirtschaftliche „Willy der Südbadener“ dürfte vielleicht in der Erkenntnis liegen, daß wir es uns einzeln wirtschaftlich nicht leisten können, für Zwergstatistiken je eines untergeordneten Regierungsapparats zu unterhalten. Von diesem Gesichtspunkt der Gesamtheit aus ist auch der vorgeschlagene vierköpfige Staatsrat nach recht unbefriedigend, er bietet zu viel Versorgungsposten, zu viel Stellen, die den Bürger bevorzugen und seine verfassungsmäßigen Rechte illusorisch machen, mit ihrer eigenen Autonomie.

Ein kleines Beispiel möge das Geschiebende bezeugen: Im September 1948 brachten die ostbadischen Bauern ihr offizielles freies Obst nach Tübingen zum Markt, das heißt nicht ganz bis dahin, weil die badische Polizei intervenierte das Obst beschlagnahmte, in der Meinung die Freiheit gelte nicht für die Ausfuhr ins württembergische Ausland. Sie sah nur das Abkreuzen des Ostbades, und kamme vielleicht die Pläne um die Versorgung des nordbadischen Industriegebietes, sah aber nicht, daß die Arbeiter von Pforzheim und anderen Industriezentren sich wiederum zu benachteiligten Ausland eindecken, wodurch die württembergische Polizei in Anspruch genommen wird, und auf beiden Seiten die Leute vom Hochwasserleiden gedrückt wurden. Größer Behördenapparat, mühselige Versorgung mit unwirtschaftlichen Kosten, gegenseitige Verengung, was einheitliche, planvolle und gerauchene Versorgung die Versorgung mit einem Minimum an Aufwand hätte ermöglichen müssen.“

und eine aus Norddeutschland

„Als Hamburger Fabrikant betrachte ich den Zusammenschluß Württemberg-Baden aus anderer Perspektive. Wir haben alles Grund, der Demokratie zum Sieg zu verhelfen. Das heißt: Der Wille der Bevölkerung ist allem maßgebend. Es wäre eine Volkstümlichkeit erforderlich, in der die Bevölkerungsstruktur beider Länder und ihre Mentalität klar zum Ausdruck kommt. Die Träumer der deutschen Länder ist zum größten Teil die Träumer der letzten Mißverständnisse der Deutschen untereinander. Die Geschichte sollte die beiden Staaten eines geeicht haben; daß keiner auf Kosten der anderen zur Höhe klettert kann. Den selben Weg des Wiederanstiegs können beide nur gehen, wenn sie gemeinsame Wege gehen, und nicht, wenn sie versuchen, sich gegenseitig zu erstickieren. Es scheint, als seien es gerade die politisierten Wählerkreise, denen die Menschen unter sich an schreien zu folgen vermögen. Württemberg-Baden sollte sich sagen: Wir haben den Krieg verloren. Deshalb müssen wir Neuverordnungen zusammenstellen, selbst für den Fall, daß Mißverständnisse dadurch frei werden. Man sollte sich über die Trümmern hinweg die Hände reiben, man

Amnestietendenz

Man soll nicht sagen, daß alles, was verurteilt ist, nicht gut sei. Ebenso wenig ist alles, was neu ist, nur weil es neu ist, gut. Wenn Alles vom Raub befreit und ein höheres, ruhigeres, wird, dann gibt es wieder und doch alles wie es mit anderen Augen ist die Menschen, die es dorthin stellen, wo es verurteilt.

Der Gesetzesentwurf zur Neuordnung der Steuern, der jetzt den Wirtschaftsrat zur Beschließung vorliegt, hat uns zu diesen Gedanken gebracht. Versteht man, daß immer wieder neu sind die beiden Gedanken: Steueramnestie und steuerbegünstigte Anleihe.

Der entscheidende Gesichtspunkt von dem dieser Gesetzesentwurf ausgehen sollte, ist eine Vermeidung von Steuerbelastung für die Wirtschaft und Abschöpfung des vorhandenen Geldüberflusses. Wir hätten dem Ausdruck Geldüberhang nicht gebraucht, aber Herr Fänder-Brander hat das Wort gewählt und zum systematischen Ausdruck ist es gefallen, das man im Juni bei der Währungsreform von allen Straßendekken hörte — und nur fünf Monate sind seitdem vergangen.

Das gleiche gilt für die Tendenz, die Steuern auf ein erträgliches Maß zu senken. Gleichzeitig mit der Währungsreform wurden bekanntlich die Sätze für die Einkommenssteuern vermindert und gewisse Erleichterungen für die Kapitalbildung geschaffen. Nach fünf Monaten wird man, daß auch die ermäßigten Steuern noch immer zu hoch sind. Man bemüht sich nun, weitere Senkungen durchzuführen und sie wesentlich über den 1. Januar 1949 zu wirksam werden zu lassen. Diese erfreuliche Emsicht steht in einem gewissen Gegensatz zu dem verminderten Verschleiß in einzelnen Ländern, neue Steuern einzuführen oder, was praktisch dasselbe ist, die Tarife der öffentlichen Anstalten (Gas — Wasser — Elektrizität) zu erhöhen.

Koppelt man gar diese Tatsachen mit dem Sofortprogramm für den Lastenausgleich, dann wird das Bild völlig

Wir beginnen in einer der nächsten Ausgaben mit einem

Briefkasten

für Arbeits- und Steuerrecht

Dort werden wir alle Leserfragen auf diesem Gebiet von Sachverständigen beantworten lassen. (Nichtes dieses Heftes.)

unklar. Will man nun die Steuern ab 1. Januar deshalb senken, um dem Betrieben wenigstens eine kleine Erleichterung gegenüber der großen Belastung des Lastenausgleichs zu verschaffen? Oder will man mit dieser Steuerermäßigung die notwendige den Launen hand in die Augen streuen, damit sie nicht merken, daß das Sofortprogramm eine erhebliche Steuerbelastung ist? Oder ist dieses eventuelle Zusammenfallen von Steuerermäßigung einerseits und Lastenausgleich andererseits ein weiterer Beweis für das Zickzack in unserer Finanzpolitik? Wir wollen jedoch nicht ungeheuer sein. Man hat inzwischen eingesehen, daß die vorgeschlagene Belastung aus dem Sofortprogramm zu hoch ist. Von dem Erbschaften, 20% Sonderverurteilung auf das Vorratsvermögen ist keine Rede mehr. Beschlüssen wurden 4% auf den normalen Vorrat und 15% auf

Exporteure werden müde

Es gab eine Zeit, da man dem deutschen Außenhandel in Anerkennung seiner wichtigen Funktion für die deutsche Wirtschaft alle möglichen Vergünstigungen zukommen ließ. Alle Subventionen, über deren Anwendung man geteilter Meinung sein kann, sind nun heute nicht nur verschwunden, sondern schwere Hindernisse stehen der günstigen Verbindung der deutschen Wirtschaft mit dem Weltmarkt, trotz einer JEIA-Abordnung, immer noch im Wege. Mister Caban, der vorzeitige Generaldirektor der JEIA, erklärte unlängst, daß es eine Aufhebung des 50-Cent-Kurses, an eine Aufhebung der Dollarzölle sowie an Subventionen für den Außenhandel nicht zu denken sei. Die deutschen Exporteure müßten die Ausfuhrerleichterungen, die durch zu hohe Preise entstehen, durch schärferes Kalkulieren überwinden. Mr. Caban fühlte sich außerdem zu der Erklärung verpflichtet, daß es nie Aufgabe der JEIA gewesen sei, den deutschen Exporteuren gegenüber der englischen oder amerikanischen Konkurrenz zu benachteiligen. In England scheint man allerdings anderer Ansicht zu sein; denn der britische Außenhandelsminister Bottomley setzte unlängst der JEIA die seltsame Aufgabe, für die Überwindung der deutschen Exporterlöse mit den Weltmarktpreisen zu sorgen. Diese eigensinnige Mitteilung (wie stellt sich Mr. Caban dazu?) erfolgte auf die Anfrage eines Unterhausgeordneten, was die britische Regierung gegen Doppelzonen-Exporteure zu unternehmen gedenke, die in der Schweiz die Preise für entsprechende britische Waren unterbieten. Derartige Meldungen stehen allerdings allen Loyalitätserklärungen aller Dienststellen ihren Wert. Wenn man den deutschen Außenhandel so „betreibt“, dann kann der deutsche Kaufmann so sehr kalkulieren, wie er will, er wird immer konkurrenzunfähig bleiben.

Die betriebliche Folge ist, daß er den Weg des geringeren Widerstandes geht und seine ganze Bemühungen auf den Inlandmarkt konzentriert. In einer Veröffentlichung der Verwaltung für Wirtschaft über die wirtschaftliche Lage der Doppelzone wird mitgeteilt,

daß die deutschen Exporteure in ihrer Exportwilligkeit nachließen und sich immer mehr auf den Inlandmarkt, der fast unbegrenzt aufnahmefähig ist und höchste Preise zahlt, beschränkten. Das ist eine Entwertung, die zwar einige Herren im englischen Unterhaus durchaus beruhigen kann, die aber den deutschen Außenhandel ganz auf das tote Gefälle führen wird. Der Wettbewerb auf den Auslandsmärkten ist trotz dessen ja der Umrechnungskurs bedeutet ein großes Hindernis. Der persönliche Kontakt mit dem Ausland sowie die Kenntnis der Auslandsverhältnisse ist noch längst nicht so gut, wie es notwendig wäre. Zwar ziehen die deutschen Fabrikate zum Teil nach draußen von dem Ruf vergangener Tage, doch ist die Entwertung umso größer, wenn jetzt schlechterer Qualität exportiert werden müssen, weil qualifizierte Rohstoffe und Werkzeuge in Deutschland fehlen.

Doch wenn der deutsche Exporteur müde wird und trotz dieser Schwierigkeiten nicht weiter auf seine Existenz und Anerkennung auf dem Weltmarkt des Ansehens zu sein; denn der britische Außenhandelsminister Bottomley setzte unlängst der JEIA die seltsame Aufgabe, für die Überwindung der deutschen Exporterlöse mit den Weltmarktpreisen zu sorgen. Diese eigensinnige Mitteilung (wie stellt sich Mr. Caban dazu?) erfolgte auf die Anfrage eines Unterhausgeordneten, was die britische Regierung gegen Doppelzonen-Exporteure zu unternehmen gedenke, die in der Schweiz die Preise für entsprechende britische Waren unterbieten. Derartige Meldungen stehen allerdings allen Loyalitätserklärungen aller Dienststellen ihren Wert. Wenn man den deutschen Außenhandel so „betreibt“, dann kann der deutsche Kaufmann so sehr kalkulieren, wie er will, er wird immer konkurrenzunfähig bleiben.

In dieser Nummer

- Einblick in die deutsche Außenhandelspolitik
- Wichtiges Fachwissen ist zu haben! — Rechtsanspruch auf Wettbewerbsgründlichkeit
- Konjunktur und Außenhandel der Schweiz
- USA-Produktion auf Rekordhöhe
- Österreich modernisiert Stahlwerk
- Gefährliche Überbevölkerung Italiens
- Die steuerliche Behandlung der Reisekosten

Welt-Warenmärkte

Gummi weiter schwach

Bei Klagen und gewissen Unsicherheiten in der internationalen Gummivirtschaft...

Die Gummivirtschaft hat den Hauptmarkt...

In- und Auslandsbörsen

Frankfurt, 3. Dezember. Die Börse...

Table with columns for market indices and values.

Die Gummivirtschaft hat den Hauptmarkt...

Table with columns for market indices and values.

Die Gummivirtschaft hat den Hauptmarkt...

Automatic Electro-Temperature Regulator advertisement.

Adressen-Verlag KOOP advertisement.

Stuttgarter 'Verkaufs-Praxis' advertisement.

Koblenz-Metternich advertisement.

Advertisement for a company or service.

Advertisement for a company or service.